

Von der Leyen stoppt ungarische Ratspräsidentschaft: Brüssel reagiert

EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen boykottiert Ungarns Ratspräsidentschaft wegen Orbáns umstrittenen Reisen.



NACHRICHTEN AG

ECHT. AKTUELL. FREI. - NEWS IN ECHTZEIT

Im Rahmen eines überraschenden Boykotts hat die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, eine CDU-Politikerin, die Teilnahme von EU-Kommissaren an Ministertreffen unter der Führung von Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán untersagt. In folge dessen dürfen nur noch Beamte an diesen Treffen teilnehmen.

Der Hintergrund des Boykotts

Dieser Boykott markiert eine Reaktion auf die jüngsten internationalen Reisen Orbáns, darunter Besuche in der Ukraine,

Russland, China und den USA. Diese Reisen waren weder mit von der Leyen noch mit der EU-Führung abgestimmt und stießen auf scharfe Kritik, insbesondere von der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne).

Ende der ungarischen Ratspräsidentschaft

Am 1. Juli hatte Ungarn turnusmäßig die EU-Ratspräsidentschaft übernommen, die normalerweise ein halbes Jahr dauert. Doch durch von der Leyens Entscheidung ist diese Präsidentschaft de facto beendet. Alle wichtigen Konsultationen und Entscheidungsprozesse wurden nach Brüssel verlegt.

Die Antworten und Reaktionen

Ungarns Empörung ließ nicht lange auf sich warten. Der ungarische Minister für EU-Angelegenheiten, János Boka, kritisierte die Entscheidung scharf auf der Plattform X, vormals Twitter. Er stellte die Frage, ob nun alle Beschlüsse der Kommission auf politischen Erwägungen basieren.

Der grüne Europaabgeordnete Daniel Freund unterstützte allerdings von der Leyens Vorgehen und betonte, dass Orbáns Handlungen die EU-Verträge verletzen und die EU in einer Zeit großer außenpolitischer Instabilität schwächen.

Auswirkungen auf die Gemeinschaft

Diese Entscheidung zeigt deutlich die Spannungen innerhalb der EU und beleuchtet die Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten und den EU-Institutionen. Der Boykott kann langfristige Auswirkungen auf die Kommunikation und Kooperation innerhalb der Union haben.

Alternative Treffen und neue Pläne

Als Teil des Boykotts wurde das „informelle“ Treffen der EU-

Außenminister am 28. und 29. August in Budapest gestrichen. Stattdessen plant der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell in Zusammenarbeit mit der deutschen Außenministerin Baerbock ein „formelles“ Treffen in Brüssel.

Die Order von von der Leyen, Orbán nicht mehr zu EU-Parlamentssitzungen einzuladen, findet unter den Grünen ebenfalls Zustimmung. Dies soll sicherstellen, dass die EU geeint gegen außenpolitische Herausforderungen auftritt.

Politische Vorbeugemaßnahmen

In Zukunft könnte die Politik solche Entwicklungen verhindern, indem klare Kommunikationslinien und verbindliche Absprachen innerhalb der EU eingeführt werden. Die Regierung könnte zudem regelmäßige Konsultationen und vielfältige Dialogplattformen etablieren, um sicherzustellen, dass alle international relevanten Entscheidungen gemeinschaftlich getroffen und nicht von Einzelpersonen dominiert werden. Dies würde nicht nur die Kohäsion stärken, sondern auch das Vertrauen in die Institutionen der EU fördern.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de